



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 24. Mai 2017
(OR. en)

9632/17

JEUN 77
EDUC 264
SOC 433
EMPL 337

BERATUNGSERGEBNISSE

Absender: Generalsekretariat des Rates

vom 24. Mai 2017

Empfänger: Delegationen

Nr. Vordok.: 8034/1/17 REV 1 JEUN 47 EDUC 141 SOC 251 EMPL 191

Betr.: Entschließung des Rates zum strukturierten Dialog und zur künftigen Entwicklung des Dialogs mit jungen Menschen im Zusammenhang mit politischen Maßnahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa nach 2018
– *Entschließung des Rates (22. Mai 2017)*

Die Delegationen erhalten in der Anlage die vom Rat auf seiner 3541. Tagung vom 22. Mai 2017 angenommene Entschließung zum strukturierten Dialog und zur künftigen Entwicklung des Dialogs mit jungen Menschen im Zusammenhang mit politischen Maßnahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa nach 2018.

**Entschließung des Rates zum strukturierten Dialog und zur künftigen
Entwicklung des Dialogs mit jungen Menschen im Zusammenhang mit
politischen Maßnahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in
Europa nach 2018**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

UNTER HINWEIS AUF FOLGENDES:

1. In seiner *Entschließung zur Förderung der politischen Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa*¹ erklärte der Rat, dass die allgemeine thematische Priorität für den strukturierten Dialog im Bereich der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa im Zeitraum vom 1. Januar 2016 bis zum 30. Juni 2017 wie folgt lautet: "Allen Jugendlichen ermöglichen, sich an einem vielfältigen, vernetzten und inklusiven Europa zu beteiligen". Außerdem erklärte er dieses Thema zum roten Faden, mit dem Kontinuität und Kohärenz der Arbeit des Dreiervorsitzes – Niederlande, Slowakei und Malta – im Einklang mit dem EU-Arbeitsplan für die Jugend (2016-2018) gewährleistet wird;

IN ANERKENNUNG FOLGENDER ASPEKTE:

2. Der strukturierte Dialog ist ein Partizipationsprozess und die Ergebnisse des fünften Arbeitszyklus stützen sich auf die Ergebnisse, die bei den nationalen Konsultationen während des niederländischen, des slowakischen und des maltesischen Vorsitzes sowie auf den EU-Jugendkonferenzen in Amsterdam im April 2016, in Košice im Oktober 2016 und in Malta im März 2017 erzielt worden sind;

¹ ABl. C 417 vom 15.12.2015, S. 10.

3. der niederländische Vorsitz hat in erster Linie untersucht, welchen Herausforderungen und Problemen junge Menschen in dem Europa von heute gegenüberstehen. Auf der Jugendkonferenz in Amsterdam (April 2016) wurden zur Orientierung für Konsultationen mit jungen Menschen Fragen erarbeitet, und auf Ebene der Mitgliedstaaten wurden nationale Arbeitsgruppen aufgefordert, die Konsultationen durchzuführen und Feed-back zu geben;
4. auf der Jugendkonferenz in Košice (Oktober 2016) wurden die Ergebnisse der Konsultationen mit jungen Menschen und Jugendvertretern zusammen mit Vertretern aus den Mitgliedstaaten diskutiert und gemeinsame Empfehlungen zum strukturierten Dialog mit jungen Menschen ausgearbeitet, über die der Rat (Bildung, Jugend und Kultur) auf seiner Tagung vom November 2016 im Zusammenhang mit der Situation junger Menschen in Europa beraten hat. Die Ergebnisse dieser Beratungen wurden dem Präsidenten des Europäischen Rates vorgelegt;
5. auf der Jugendkonferenz in Malta (März 2017) wurden die gemeinsamen Empfehlungen weiter erörtert und nach Priorität gestaffelt, und es wurden Maßnahmen für ihre Umsetzung ausgearbeitet –

NIMMT ZUR KENNTNIS, DASS

6. die gemeinsamen Empfehlungen und vorgeschlagenen Maßnahmen für den strukturierten Dialog mit jungen Menschen ("*Allen Jugendlichen ermöglichen, sich an einem vielfältigen, vernetzten und inklusiven Europa zu beteiligen*") die folgenden in Anlage 1 aufgeführten Schwerpunktthemen umfassen: Zugang zu qualitativ hochwertigen und wichtigen Informationen; Aufbau von Widerstandsfähigkeit und Selbstvertrauen; jenseits von Angst und Intoleranz; auf dem Weg zu einem Bildungssystem, in dem sich das Potenzial junger Menschen entfaltet; Förderung des gesellschaftlichen Engagements junger Menschen; Wiederherstellung des Vertrauens junger Menschen in das europäische Projekt; Mobilitätsprogramme für alle; wirksame Jugendarbeit und wirksame Jugendorganisationen für alle (siehe Anlage 1);

ERSUCHT DIE MITGLIEDSTAATEN UND DIE KOMMISSION, IM RAHMEN IHRER
JEWEILIGEN ZUSTÄNDIGKEITEN UND UNTER GEBÜHRENDER BEACHTUNG
DES SUBSIDIARITÄTSPRINZIPS

7. bei der Konzipierung und Umsetzung der künftigen jugendpolitischen Maßnahmen gegebenenfalls den gemeinsamen Empfehlungen und vorgeschlagenen Maßnahmen des strukturierten Dialogs mit jungen Menschen Rechnung zu tragen;
8. den Prozess des strukturierten Dialogs und seine Ziele für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa nach 2018 zu überprüfen und zu überlegen, wie ein sinnvoller und konstruktiver Dialog und eine sinnvolle und konstruktive Interaktion mit jungen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund, mit Jugendorganisationen, Jugendforschern und mit politischen Verantwortungsträgern, einschließlich Akteuren aus anderen relevanten Sektoren, auf innovative und wirksame Weise gefördert werden können;

ERSUCHT DIE KOMMISSION,

9. auf der Grundlage der Fakten, Bewertungen und Konsultationen einen neuen Prozess des strukturierten Dialogs als Teil der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa nach 2018 vorzuschlagen;

KOMMT WIE FOLGT ÜBEREIN:

10. Da der erneuerte Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018) im Jahr 2018 ausläuft, sollte die allgemeine Priorität für den strukturierten Dialog mit jungen Menschen und Jugendorganisationen für den nächsten Arbeitszyklus (1. Juli 2017 bis 31. Dezember 2018) auf dem nächsten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa liegen. Der sechste Zyklus des strukturierten Dialogs wird unter dem Motto stehen: "Jugend in Europa: Wie geht es weiter?";
11. der nächste Dreiervorsitz – Estland, Bulgarien und Österreich – wird die Bewertung, die Überprüfung und die Aktualisierung des strukturierten Dialogs in den Mittelpunkt des sechsten Arbeitszyklus des strukturierten Dialogs stellen, um ihn weiter zu verbessern und zu fördern.

Gemeinsame Empfehlungen des strukturierten Dialogs über die Jugend

Allen Jugendlichen ermöglichen, sich an einem vielfältigen, vernetzten und inklusiven Europa zu beteiligen

Zugang zu qualitativ hochwertigen und wichtigen Informationen

1. Die EU-Organe und die Mitgliedstaaten sollten faktengestützte Maßnahmen und Praktiken, die darauf ausgerichtet sind, sowohl durch formale als auch nicht-formale Bildung kontinuierlich die Fähigkeit junger Menschen im Hinblick auf eine kritische Bewertung und Verarbeitung von Information zu verbessern, entwickeln bzw. weiterhin umsetzen.
2. Die EU-Organe und die Mitgliedstaaten sollten in Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen transparente, unabhängige und vielfältige, von jungen Menschen geleitete Medien unterstützen, da auf diese Weise die Medienkompetenz sowie kritisches und analytisches Denken bei jungen Menschen gefördert wird. Der Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments und die Kommission werden ersucht, diesen Aspekt zu berücksichtigen, wenn sie die Programme "Erasmus +", "Europa für Bürgerinnen und Bürger" und "Kreatives Europa" überarbeiten.

Junge Menschen unter Druck: Aufbau von Widerstandsfähigkeit und Selbstvertrauen

1. Da in Bildungseinrichtungen in zunehmenden Maße wettbewerbsfähige Leistungen erwartet werden, müssen die zuständigen nationalen Behörden sicherstellen, dass junge Menschen genügend Zeit und Raum für Aktivitäten haben, die ihnen dabei helfen, Widerstandsfähigkeit und Selbsterkenntnis zu entwickeln und Selbstvertrauen aufzubauen.
2. Die zuständigen nationalen Behörden sollten sowohl im formalen Bildungssystem als auch im nicht-formalen Bildungsumfeld Lerninhalte zum psychischen Wohlbefinden und zur psychischen Gesundheit anbieten. Ziel hierbei ist, durch eine Sensibilisierung Stigmatisierung zu durchbrechen und junge Menschen in die Lage zu versetzen zu lernen, wie sie psychisch gesund bleiben und mit ihren Altersgenossen über dieses Thema sprechen können.

Jenseits von Angst und Intoleranz - Vielfalt erfahren

1. Damit alle jungen Menschen in direkten Kontakt mit anderen jungen Menschen treten können, die einen unterschiedlichen Hintergrund haben und aus verschiedenen Lebenswelten kommen, sollten europäische und nationale Behörden lokale Programme und den Austausch auf nationaler Ebene stärker finanziell und institutionell unterstützen; dadurch würde interkulturelle Kompetenz gestärkt, Diskriminierung entgegengewirkt, Empathie und Solidarität gefördert, und die Vorteile der Diversität würden erfahrbar gemacht.
2. Damit alle jungen Menschen in einem vielfältigen Europa leben können, müssen die zuständigen EU- und nationalen Behörden Aus- und Weiterbildungsprogramme für Lehrkräfte und Schulgemeinschaften entwickeln bzw. unterstützen, damit ein sicheres und inklusives Umfeld entsteht, in dem junge Menschen Kompetenzen entwickeln und Angst und Diskriminierung überwinden können.

Auf dem Weg zu einem Bildungssystem, in dem sich das Potenzial junger Menschen entfaltet

1. Wir fordern alle Mitgliedstaaten auf, für Orientierungs- und Beratungsdienste zu sorgen, die alle jungen Menschen in die Lage versetzen, sich weiterzuentwickeln und in allen Bildungsstufen ihren Weg im Leben zu finden.
2. Die Bildungssysteme vermitteln jungen Menschen nicht die für die moderne Gesellschaft notwendigen praktischen Fähigkeiten. Wir fordern alle Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Einbeziehung praktischer Lebenskompetenzen in ihr Bildungssystem zu fördern, sodass junge Menschen an einer vielfältigen Gesellschaft und am Arbeitsmarkt aktiv teilhaben.

Förderung des gesellschaftlichen Engagements junger Menschen, insbesondere seitens benachteiligter Gruppen

1. Bildungseinrichtungen und lokale Akteure sollten in Zusammenarbeit mit jungen Menschen maßgeschneiderte Unterstützung und zugängliche Dienstleistungen anbieten und Räume schaffen, in denen eine sinnvolle Interaktion stattfinden kann, sodass alle jungen Menschen ihre Identität und ihren individuellen Wert entdecken und akzeptieren können. Auf dieser Grundlage kann zwischen jungen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund gegenseitiges Vertrauen entstehen.

2. Die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass jeder junge Mensch ungeachtet seiner persönlichen und sozialen Situation ungehindert an Freiwilligentätigkeiten teilnehmen kann, indem sie sie zugänglich machen. Engagement, beispielsweise in Jugendorganisationen, sollte sichergestellt werden, weil es ein Gefühl der Zugehörigkeit schafft und junge Menschen zur aktiven Mitgestaltung als Bürger befähigt.

Wiederherstellung des Vertrauens junger Menschen in das europäische Projekt

1. Die Europäische Kommission und das Europäische Jugendforum sollten zusammenarbeiten, um zu analysieren und zu verstehen, wie junge Menschen Zugang zu Informationen der EU und über die EU finden, und eine Kommunikationsstrategie entwickeln, um junge Menschen über die EU zu informieren und ihnen aufzuzeigen, wie sie am EU-Projekt mitwirken können.
2. Um jungen Menschen die EU und ihre Politik näher zu bringen, sollten in allen Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit europäischen Initiativen nationale und/oder regionale EU-Jugendfestivals organisiert werden. Auf diesen Festivals, die eine Kombination aus sozialen, politischen und kulturellen Aktivitäten anbieten, sollten junge Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund aufeinandertreffen. Diese Veranstaltungen begünstigen das Lernen und Diskutieren über die EU und die Möglichkeiten, die sie bietet; junge Menschen erhalten die Möglichkeit, aktiv mitzugestalten, während sie gemeinsam Spaß haben.

Mobilitätsprogramm: Beschäftigung und Bildung für alle

1. Die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission sollten sich weiterhin darum bemühen, die Hindernisse abzubauen, die für junge Menschen beim Zugang zur Mobilität noch bestehen. Der Zugang zu Mobilitätsprogrammen sollte vereinfacht und besser an die unterschiedlichen Bedürfnisse junger Menschen angepasst werden. Informations- und Beratungsangebote sollten auf die in Bezug auf die Mobilität bestehenden Möglichkeiten aufmerksam machen.
2. Die EU-Mitgliedstaaten sollten einen Rechtsrahmen für die Anerkennung und Validierung von Fähigkeiten schaffen, die durch Mobilitätsprogramme auf nationaler und europäischer Ebene erworben wurden. Dadurch wird nicht nur ein gleichberechtigter Zugang zu Lernmöglichkeiten geschaffen; die erworbenen Fertigkeiten werden auch validiert, und es wird zur sozialen Inklusion junger Menschen beigetragen.

Wirksame Jugendarbeit und wirksame Jugendorganisationen für alle

1. Die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission sollten als Reaktion auf die Bedürfnisse und Interessen aller jungen Menschen eine Reihe virtueller und konkreter Räume, die der qualifizierten Jugendarbeit gewidmet sind, fördern und unterstützen.
 2. Die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten sollten ausreichende operative Mittel bereitstellen, sodass Jugendarbeit und Jugendorganisationen nachhaltige Jugendarbeit leisten können, die für alle jungen Menschen zugänglich, relevant und bedeutsam ist.
-